

## Bündnis „Rettet die Familie“

### **Wie wird Ihre Partei im Europäischen Parlament den Auftrag zur „Gleichstellungspolitik“ verstehen? Als „Gleichberechtigungspolitik“ oder als „Angleichungspolitik“?**

Nach der von Ihnen gegebenen Definition versteht die FDP unter Gleichstellungspolitik ganz klar Gleichberechtigungspolitik. Denn obwohl die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu den Grundprinzipien der Europäischen Union zählt und auch die Charta der Grundrechte der EU sich gegen jede Art der Diskriminierung ausspricht, ist wirkliche Gleichstellung noch nicht immer erreicht.

Deshalb setzen wir Liberalen uns im Europäischen Parlament dafür ein, dass Gleichberechtigung nicht nur zwischen Mann und Frau, sondern auch zwischen Familien mit Kindern und kinderlosen Personen berücksichtigt wird und Erziehungsleistungen fair anerkannt werden.

An erster Stelle steht dabei für uns die Freiheit des Lebensentwurfes. Eltern sollen nach den eigenen Wünschen und Bedürfnissen die Erziehung ihrer Kinder selbst gestalten können – ob in öffentlichen oder privaten Kindertagesstätten, durch eine Tagespflegeperson oder in der Familie zu Hause. Um eine tatsächliche Diskriminierung von Familien mit Kindern zu vermeiden und bei Wunsch den Wiedereinstieg in das Berufsleben zu erleichtern, setzen wir uns für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, machen uns stark für flexible Teilzeitmodelle, die für Frauen und Männer gleichermaßen attraktiv sind und ermutigen Unternehmen familienfreundlichere Arbeitsplätze zu schaffen z. B. durch die Förderung von Betriebskindergärten, Heimarbeitsmöglichkeiten oder Sabbatjahren. Gleichzeitig dürfen Elternteile, die sich für die Kinderbetreuung eine Auszeit nehmen oder beruflich kürzer treten im Vergleich zu kinderlosen Personen nicht schlechter gestellt bzw. diskriminiert werden.

Zusätzlich fordern wir auf europäischer Ebene eine Erleichterung der Mobilität innerhalb der EU für Familien mit Kindern, tauschen uns regelmäßig mit den Vertretern anderer EU-Nationen über die Gleichstellung von Familien mit Kindern und kinderlosen Personen aus und arbeiten an staatenübergreifenden Abkommen, die auch die Gleichstellung von Familien mit Kindern und kinderlosen Personen berücksichtigt.